

# **WPS - Menschen für Tierrechte - Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V.**

**Frage 1: Planen Sie die Einführung von Mitwirkungs- und Klagerechten für Tierschutzorganisationen?**

Nein. Für die Gestaltung und Durchsetzung des Tierschutzrechts ist laut Artikel 20a des Grundgesetzes der Staat verantwortlich. Ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen liefe indessen auf eine Teilprivatisierung des Staatsziels Tierschutz hinaus, würde die Veterinärverwaltung erheblich zusätzlich beanspruchen und ist daher abzulehnen. Stattdessen setzen wir auf eine starke, gut ausgestattete und handlungsfähige Veterinärverwaltung in den Ländern.

**Frage 2: Welche Maßnahmen verfolgen Sie, um die eklatanten Defizite bei Gesetzgebung, Kontrollen und bei der Strafverfolgung von Tierschutzvergehen abzustellen?**

Aus Sicht der Freien Demokraten müssen die Kontroll- und Strafverfolgungsbehörden personell und materiell so ausgestattet werden, dass sie ihren Aufgaben entsprechend nachkommen können. Dieses ist dringend notwendig, um geltendes Recht durchzusetzen. Geplante Änderungen des geltenden Rechts zur Verbesserung des Tierschutzes auf Bundesebene, zum Beispiel die Konkretisierung der Qualzucht oder die Reduzierung nicht-kurativer Eingriffe, unterstützen wir.

**Frage 3: Welche Verbesserungen bei Haltung, Transport und Schlachtung von sogenannten Nutztieren verfolgen Sie, z.B. ganzjähriges Verbot der Anbindehaltung von Kühen?**

Um lange Transportwege zu vermeiden muss das Land darauf hinwirken, dass der fortschreitende Verlust dezentraler Schlachtkapazitäten gestoppt wird. Wir wollen deswegen dezentrale und auch mobile Schlachtmöglichkeiten landesseitig besser fördern. Hinsichtlich der Nutztiertransporte unterstützen wir das Ziel der Ampel-Koalition Lebendtiertransporte in Drittstaaten künftig nur dann zu erlauben, wenn sie auf Routen mit nachgewiesenen tierschutzgerechten Versorgungseinrichtungen stattfinden. Wir setzen uns auch auf EU-Ebene für bessere Regelungen für Tiertransporte und einen Ausbau des Datenbanksystems TRACES ein.

**Frage 4: Verfolgt Ihre Partei die Abstockung der „Nutztierbestände“? Falls ja, mit welchen Maßnahmen?**

**Frage 5: Planen Sie, Landwirt:innen zu unterstützen, die aus der Tierhaltung aussteigen wollen?**

Fragen 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Nein. Landwirtinnen und Landwirte in Hessen und in Deutschland produzieren qualitativ hochwertige Lebensmittel zu den weltweit höchsten Standards. Den Trend des Höfesterbens und den drastischen Rückgang der Tierhaltungszahlen in den vergangenen Jahren in Hessen betrachten wir mit größter Sorge. Wenn die inländische Nachfrage nach tierischen Produkten nicht mehr durch heimische Landwirte befriedigt werden kann, werden diese folglich aus Ländern importiert, die zu weitaus schlechteren Standards produzieren. Wir wollen deshalb Landwirtschaft in Hessen inklusive der tierhaltenden Betriebe sowie der Schlacht- und Verarbeitungsbetriebe erhalten. Dazu werden wir geeignete Maßnahmen ergreifen.

**Frage 6: Verfolgen Sie eine Strategie, um den Konsum tierischer Produkte zu reduzieren bzw. den pflanzlicher Nahrungsmittel zu steigern?**

Wir setzen auf Bildung, Information und Aufklärung und gehen davon aus, dass mündige Bürger die Folgen ihres Konsumverhaltens einschätzen und abwägen können. Über Bildungs- und Aufklärungsangebote hinausgehende Maßnahmen lehnen wir ab.

**Frage 7: Welche Maßnahmen planen Sie, um Tierversuche zu reduzieren, die tierversuchsfreie Forschung zu fördern und um den perspektivischen Ausstieg einzuleiten? Sind z.B. Regelungen zur Reduzierung des Einsatzes von Tieren im Studium vorgesehen?**

Stand jetzt kann in vielen Bereichen noch nicht auf Tierversuche verzichtet werden. Bereits jetzt sind die Anforderungen sehr hoch. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Anforderungen strenger kontrolliert werden, um das Leid der Tiere so gering zu halten wie möglich. Um perspektivisch komplett aus

Tierversuchen auszustiegen wollen wir die Alternativen zu Tierversuchen stärken und dafür entsprechende Forschungsmittel zur Verfügung stellen. Die kommende Landesregierung muss darüber hinaus eine eigene Strategie zum Ausstieg aus Tierversuchen vorlegen.

**Frage 8: Wird Ihre Partei das tierschutzgerechte Stadttaubenkonzept nach dem Augsburger Modell für Kommunen empfehlen und auch fördern (wie z.B. in Niedersachsen und Berlin)?**

Das Augsburger Stadttaubenkonzept ist ein tierschutzgerechtes Konzept zur Regulierung und Reduzierung der Stadttauben zum Wohle von Mensch und Tier. Wir Freie Demokraten halten es für sehr sinnvoll, Kommunen über die Probleme mit großen Stadttaubenpopulationen zu informieren, Beratungsangebote zu stärken und - sofern notwendig - auch eine Landesförderung in Betracht zu ziehen.

**Frage 9: Die zelluläre Landwirtschaft hat das Potenzial, Umwelt, Klima und Gesundheit zu schützen. Planen Sie Fördermaßnahmen in diesem Bereich?**

Als Partei der Technologieoffenheit sehen wir Freie Demokraten in der zellulären Landwirtschaft großes Potenzial.

Alternative Proteinquellen versprechen nicht nur enormes Potenzial, durch Innovation anstelle von ideologisch geprägten Einschränkungen oder Verzicht unseren Planeten zu schützen, sondern bieten darüber hinaus auch die große Chance für Deutschland, als 'Innovation Nation' eine zentrale Rolle in der Lebensmittelproduktion der Zukunft einzunehmen und zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen. Neben innovativen Start-ups können auch Lebensmittel- und Fleischproduzenten mit Produkten auf Basis alternativer Proteinquellen neue Märkte erschließen und zusätzliches Umsatzpotenzial realisieren. Und auch deutsche Landwirte können durch den Anbau von Agrarerzeugnissen als Rohstoffe für pflanzliches oder kultiviertes Fleisch profitieren.

Damit solche innovativen Produkte entstehen können, ist jedoch eine technologieoffene Agrarpolitik, die Angebotsvielfalt und nachhaltige Innovationen fördert, sowie das Schaffen innovationsfreundlicher Rahmenbedingungen notwendig. Auf europäischer Ebene sollte ein regulatorisches 'Level Playing Field' geschaffen werden und das derzeit übermäßig komplexe und langwierige regulatorische Zulassungsverfahren der Novel Food-Verordnung vereinfacht und flexibler gestaltet werden, ohne dass dies zu Lasten der Lebensmittelsicherheit geht. Nur so kann sichergestellt werden, dass Hersteller alternativer Proteinquellen nicht in Zukunft einen großen Bogen um den europäischen Markt machen. Es besteht die Gefahr, dass ein weiteres Forschungsfeld von enormer Zukunftsrelevanz anderen Ländern überlassen wird. Stattdessen würde ein unbürokratischer, flexibler und verlässlicher regulatorischer Rahmen dazu führen, dass die Europäische Union ein wichtiges Zeichen der Innovationsoffenheit sendet.